

Grundsatzpapier für das Netzwerk demokratische Bildung München

Stand 17.09.2020

- Inhalt:
- 1) Grundlagen des Netzwerks demokratische Bildung
 - 2) Aufgaben des Netzwerks demokratische Bildung
 - 3) Arbeits- und Wertgrundlagen im Netzwerk demokratische Bildung
 - 4) Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

1) Grundlagen des Netzwerks demokratische Bildung

Die Entstehung des Netzwerk demokratische Bildung München ist zurückzuführen auf einen Antrag aus verschiedenen Fraktionen des Stadtrats im Jahr 2004. Angesichts des Erstarkens der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 bestand der Wunsch, die politische Bildung in München präventiv zu stärken. Daher wurde die Stadtverwaltung beauftragt, die Konzeptionen der unterschiedlichen institutionellen Handlungsfelder für die Erziehung zu demokratischen Werten und gegen Rechtsextremismus darzulegen und darüber Auskunft zu geben, welche Lücken in dieser Angebotslandschaft vorhanden sind.

Es zeigte sich, dass der weite Themenbereich politischer Bildung für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus in den institutionellen Handlungsfeldern Schule, Jugendhilfe, Kindertagesbetreuung und Ausbildung zwar wahrgenommen und in seiner breiten inhaltlichen Ausdifferenzierung umgesetzt wird. Eine Vernetzung der Akteure in diesem Feld war allerdings nicht vorhanden und wurde von allen Beteiligten als sinnvoll erachtet. Die Geschäftsführung für das somit neu entstandene Netzwerk demokratische Bildung München wurde an die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (AGFP) übergeben.

Im Netzwerk arbeiten Fach- und Führungskräfte aus den Arbeitsfeldern Schule, Jugendhilfe, Ausbildung, Erwachsenenbildung und Wissenschaft zusammen. Ebenso arbeiten Institutionen und Organisationen, deren Schwerpunkt in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit liegt mit. Das Netzwerk trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr. Die Geschäftsführung lädt zur Teilnahme an den Netzwerktreffen ein. Es gibt keine formale Mitgliedschaft. Eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Netzwerk wird angestrebt.

2) Aufgaben des Netzwerks demokratische Bildung

Die Kernaufgabe ist es, dem Entstehen rechtsextremer, menschenfeindlicher und antipluralistischer Einstellungs- und Handlungsmuster durch Bildung für Demokratie den Boden zu entziehen. Dazu fördert und koordiniert das Netzwerk die **Vernetzung** der mitwirkenden Institutionen und Mitglieder. Die einzelnen Mitglieder profitieren im **gegenseitigen Austausch** von den unterschiedlichen Kenntnissen, Perspektiven und Erfahrungen im Bereich der demokratischen Bildung. Aufgrund der vielfältigen Zusammensetzung der Teilnehmer_innen realisiert sich im Netzwerk eine **Zusammenarbeit** zwischen landesweiten, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe. Die Mitglieder in diesem Fachnetzwerk verständigen sich über **Standards in der Bildungsarbeit** und formulieren dazu **Stellungnahmen**.

Das Netzwerk sensibilisiert und aktiviert die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildung in Institutionen und Verbänden für das Thema **Rechtsextremismus**. Dazu werden die Mitwirkenden des Netzwerks regelmäßig über die politischen und ideologischen Entwicklungen und Aktivitäten in den extrem rechten Szenen informiert. Sie beraten und bewerten diese Entwicklungen mit Bezug auf die politische Bildungsarbeit. Darüber hinaus entsteht im Netzwerk außerdem eine allgemeine Reflexion über **politische und gesellschaftliche Entwicklungen** und deren Bedeutung für die politische Bildung. Aus diesem fachlichen Austausch können neue (methodische oder inhaltliche) Impulse für die pädagogische Arbeit der einzelnen Mitglieder entstehen.

Das Netzwerk bietet eine Plattform für den Austausch über die aktuellen (inhaltlichen und thematischen) Arbeitsschwerpunkte der mitwirkenden Institutionen. Dadurch können die Planungen in der **Bildungsarbeit besser koordiniert**, thematische oder terminliche Überschneidungen vermieden, und Kooperationen ermöglicht werden.

Die Koordinierungsstelle des Netzwerks moderiert den Austausch unter den Teilnehmer_innen und eruiert **thematische Schwerpunkte** aus dem aktuellen politischen Geschehen und aus den Bedürfnissen und Interessen der Teilnehmer_innen. Zu diesen Schwerpunkten organisiert die Koordinierungsstelle Fachangebote, Sondertreffen oder Fachvorträge bei den Netzwerktreffen und wirkt so an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung mit.

3) Arbeits- und Wertgrundlagen im Netzwerk demokratische Bildung

Die Arbeit im Netzwerk demokratische Bildung München orientiert sich grundlegend an einem **sozialwissenschaftlichen Begriff von „Rechtsextremismus“**¹ wie beispielsweise nach Hans-Gerd Jaschke. Damit bezieht sich das Netzwerk in seiner Arbeit für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus auf Haltungen, Einstellungen und Aktionen, die im Kern eine **Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen**² transportieren und dabei nicht lediglich am sogenannten „rechten Rand“, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft vorzufinden sind. Dementsprechend stellt die Extremismustheorie für das Netzwerk keine Arbeitsgrundlage dar.³

Die Arbeit des Netzwerks demokratische Bildung München hat zum Ziel, den Prozess der **Demokratisierung der Gesellschaft** in all ihren Sphären zur **Förderung von Menschenrechten**, demokratischen Grundrechten und Gleichwertigkeitsvorstellungen mit zu gestalten. Demokratische Bildung soll dabei **gewaltfrei** gestaltet werden. Dies erfordert eine kontinuierliche Reflexion der

1 vgl. <http://www.bpb.de/lernen/grafstat/rechtsextremismus/175841/m-02-13-definition-jaschke> (15.02.2018)

2 vgl. <http://www.bpb.de/apuz/130404/von-der-ungleichwertigkeit-zur-ungleichheit-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit?p=all> (15.02.2018)

3 vgl. „Positionspapier zur Bildung gegen Rechtsextremismus“ des Netzwerk demokratische Bildung München vom 06.12.2013

Methoden, der eigenen gesellschaftlichen Positioniertheit und der Inhalte von politischer Bildung und stellt einen zentralen Punkt des Selbstverständnisses des Netzwerks dar. Das Netzwerk demokratische Bildung München bezieht sich im Selbstverständnis auf einen weiten und als Prozess charakterisiertem Begriff von „Demokratie“.⁴

Grundsätzlich bestimmen die einzelnen Institutionen und Teilnehmer_innen des Netzwerks in ihren jeweiligen Arbeitskontexten die Formate und Inhalte der politischen Bildung selbst, und sind damit dafür auch **selbst verantwortlich**. Von diesen unterschiedlichen Perspektiven, Herangehensweisen und Erfahrungen profitiert schließlich auch der netzwerkinterne Fachaustausch in großem Maße. Zur Teilnahme am Netzwerk können also prinzipiell alle Akteure und Institutionen eingeladen werden, die sich in der politischen Bildungsarbeit für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus in München engagieren. Allerdings ist es mit der **Teilhabe am Netzwerk nicht vereinbar**, wenn die Arbeit außerhalb des Netzwerks dazu genutzt wird, um Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen zu verbreiten oder zu fördern. Zudem definiert sich das Netzwerk demokratische Bildung München explizit als Bildungsnetzwerk und sieht somit von der Einbeziehung von staatlichen Sicherheitsinstitutionen in die Netzwerkarbeit ab.⁵

4) Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

Die Bildungsarbeit für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus ist konstituierend für das Netzwerk demokratische Bildung München. Mit den Wert- und Arbeitsgrundlagen des Netzwerks ergeben sich daraus einige Konsequenzen für die konkrete Bildungsarbeit und das Verständnis von politischer Bildung gegen Rechtsextremismus im Allgemeinen:

Wissen über rechtsextreme Ideologien, Strategien, Akteure und Organisationsformen ist Grundlage für eine gelingende Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus (I). Dazu gehört auch die Schärfung des eigenen Blicks bezüglich Themenfeldern, die über die klassische Definition von „Rechtsextremismus“ hinausgehen und **menschenfeindliche Haltungen auch in der Mitte der Gesellschaft** thematisieren (II). Außerdem müssen in der Bildungsarbeit aktuelle **gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Verhältnisse** in die Überlegungen einbezogen werden (III). Nur so ist es möglich, einen differenzierten Blick auf gesellschaftliche und politische Phänomene zu erlangen und rechtsextremen und menschenfeindlichen Denkweisen pädagogisch angemessen zu begegnen.

4 (1) Der Begriff „Demokratie“ beschränkt sich nicht auf ein politisches Verfahren. Es sind vor allem die zugrunde liegenden **demokratischen Werte** und die **Menschenrechte**, welche die Grundlage für demokratische Verfahren darstellen, indem sie die Notwendigkeit für eine konkrete Ausgestaltung des politischen Systems zur größtmöglichen Beteiligung aller Menschen am politischen Prozess deutlich aufzeigen. Gerade mit Blick auf die deutsche Geschichte erscheint die Annahme einer zwingenden Kausalität von demokratischem Verfahren und einer daraus entstehenden Realität in welcher **demokratische Werte** verwirklicht sind als zu eng gefasst und gefährlich.

(2) Das real existierende demokratische System produziert neben Berechtigungen zu gesellschaftlicher Teilhabe auch Ausschluss für benachteiligte Menschen(gruppen) und eine Entgrenzung von Übergriffen auf ökologische Ressourcen. Es müssen daher **unterschiedliche Perspektiven auf den Begriff „Demokratie“** wahrgenommen werden, um die Grundlage für eine real gelebte Teilhabe Aller zu ermöglichen und um ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen bei allen Menschen zu erzeugen.

(3) Der Begriff „Demokratie“ beschreibt keinen normativen Endpunkt sondern vielmehr einen **andauernden Prozess der Durchsetzung und Verteidigung demokratischer Werte**. Die „gegenwärtig herrschenden Grenzen der Demokratie als der Punkt, an dem die Demokratie endet, bilden zugleich den Punkt, von dem ihre Ausweitung auszugehen hat. [...] Wir müssen die Demokratie wieder zum Einsatz machen, zum Einsatz ihrer Erweiterung und ihrer Begrenzung, ihrer sozialen und ökologischen Demokratisierung. [...] Wir sollten sie ernst nehmen. Ehe es andere tun - und die Demokratie zum Einsatz ihres Untergangs machen.“ (Lessenich, Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem, S.109f)

5 vgl. „Positionspapier zur Bildung gegen Rechtsextremismus“ des Netzwerk demokratische Bildung München vom 06.12.2013

Dazu gehört im Besonderen auch die Reflexion von **gesellschaftlichen Machtstrukturen und Differenz- und Zugehörigkeitsordnungen** (IV). Schließlich ist es für die politische Bildung von großer Bedeutung nicht alleine reagierend „gegen“ rechtsextreme Äußerungen und Haltungen tätig zu sein, sondern auch **eigene Positionen „für“ Demokratie, Vielfalt, Pluralismus und Empowerment** von Personen, die durch Menschenfeindlichkeit betroffenen sind, zu setzen (V).

Die hier aufgelisteten Punkte (I-V) schließen dem pädagogischen Grundverständnis nach sowohl die Position des pädagogischen Personals, als auch die Perspektive der Zielgruppen mit ein. Denn gelingende **politische Bildung besteht nicht in einer Einweg-Kommunikation**: In die Prozesse von Wissensvermittlung und perspektivischer Reflexion bezüglich gesellschaftlicher und politischer Phänomene müssen nach Möglichkeit sowohl das pädagogische Personal als auch die Zielgruppen politischer Bildung mit einbezogen werden.

Dieses Verständnis von Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus verdeutlicht die Notwendigkeit einer ständigen Neuorientierung bezüglich der Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Menschenfeindlichkeit“ vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen. Die zahlreichen Debatten um Formate, Methoden und Inhalte müssen rechtzeitig geführt werden, damit die politische Bildungsarbeit mit gesellschaftlichen Veränderungen Schritt halten und eigene Akzente für eine friedliche, plurale und demokratische Gesellschaft setzen kann. Dazu soll das Netzwerk demokratische Bildung München als Vernetzungsplattform einen Teil beitragen.